

Wünschenswert ist ein der direkten Demokratie würdiger EWR- Abstimmungskampf

Beim Profil der Beitrittsbefürworter und dem Verhalten der Behörden leider kaum möglich

Aehnlich, wie in Frankreich bei der Maastricht- Abstimmung, manifestiert sich auch in der Schweiz im Vorfeld der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) am 6. Dezember 1992 eine auf Weissglut geschürte Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern. Das vor allem, seitdem der Bundesrat das offizielle Beitrittsgesuch der Schweiz zu EG in Brüssel überreicht und in seinem Bericht vom 18. Mai 1992 den EWR als eine wichtige Etappe zum Beitritt bezeichnet hat.

Verschärft wird diese Auseinandersetzung durch die von der EG erhobene Forderung, wonach jeder Beitrittskandidat vor Beginn der Verhandlungen zu erklären habe, er sei bereit, die Verträge von Maastricht betreffend die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung und die Europäische Union anzunehmen. Damit geht es beim EWR nicht mehr nur um das Ja zu einer Alternative zur EG, sondern effektiv um den Beitritt und damit um die Zukunft der Schweiz als eine direkte und unabhängige Demokratie. Umso erbitterter wird der Kampf auf beiden Seiten geführt, wobei nur zu hoffen ist, dass in dieser Demokratie, zumindest solange sie noch besteht, in guten Treuen verschiedene Meinungen vertreten werden dürfen. Oder ist der Schatten der EG - Kommission in Brüssel schon so lang, das auch dies nur noch eine Illusion ist?

Gegen die EG heisst nicht gegen die Schweiz sein.

Die Gegner eines Beitritts zur EG werden immer häufiger als rückständig und politisch kurzichtig angegriffen. Sie seien von der "Helvetosklerose" befallen. Solange Politiker, hohe Beamte und Medien - "Stars" die Beitritts-Gegner als Besserwisser, Insulaner, Europrofiteure und kleinkarierte Egoisten betiteln, bleibt diesen nichts anderes übrig, als solche Beschimpfungen im Namen einer demokratischen Auseinandersetzung zu akzeptieren. Sobald aber die Lauterkeit ihrer Zielsetzung, nämlich die Erhaltung der direkten Demokratie, angezweifelt wird, dann dürfte auch für sie der Zeitpunkt zu einem offenen, wenn vielleicht auch harten Wort gekommen sein. Vor allem, wenn alle Beitritts-Gegner als schlechte Schweizer bezeichnet werden, etwa nach dem Motto "wer nicht für uns ist, der ist gegen unser Land; hat deshalb überhaupt kein Recht mehr mitzureden." Eine Einstellung, die an autoritäre Regimes verschiedenster Färbung erinnert.

Solange die Schweiz noch eine Demokratie ist, und nur um das geht es, sollten sich vor allem diejenigen über ihr eigenes Demokratieverständnis Gedanken machen, die solche Anschuldigungen erheben, nur ihre Meinung gelten lassen und versuchen, auf dem Wege einer Reihe von sukzessiven "vollendeten Tatsachen", wie das in bezug auf das Beitritts gesuch zur EG der Fall ist, eine Situation zu schaffen, bei welcher das Schweizervolk in einer verfassungswidrigen Weise seiner Meinungsäusserung beraubt wird. Mit solchen Machenschaften der EG-Befürworter ist das politische Klima in Lande deutlich verunsichert worden. Warum es soweit gekommen ist, darüber gibt vielleicht eine Analyse des Profils der EG-Befürworter Aufschluss.

Kategorie der sich selbst als Idealisten bezeichnenden Befürworter, im Volksmund auch als Euroturbos bekannt

Natürlich gibt es auf allen Sozialen- und Altersstufen solche, die ehrlich davon überzeugt sind, dass ein Beitritt zur EG die einzige Chance zur Mitarbeit am Aufbau eines europäischen Bundestaats nach schweizerischem Muster sei. Ein Staat, der an Stelle der Eidgenossenschaft zu treten vermöchte. Bei welchem die nationalen Gefühle und diejenigen der anderen Mitgliedsländer auf Europa übertragen werden könnten. Ein föderalistisch und demokratisch aufgebautes Europa, das wirtschaftlich, aber auch politisch und militärisch zu einer neuen, ausgleichenden Kraft werden könnte, die zum Frieden auf der Welt beiträgt. Es lohne sich für die Schweiz dafür ihre staatliche Unabhängigkeit zu opfern.

Grundsätzlich könnten sich zweifellos alle Schweizer mit einer solchen Zielsetzung einverstanden erklären. Die Frage ist nur, wie realistisch diese vorgekaugelte Illusion eines nach schweizerischem Muster aufgebauten neutralen und föderalistische Europa ist? Wie bereits verschiedentlich dargelegt wurde, sind die Supranationalität nach dem Brüsseler Muster und echter Föderalismus miteinander vollständig unvereinbar. Beide Systeme passen einfach nicht zueinander und es wäre eine Illusion, zu glauben, dass aus der EG je ein europäischer Bundesstaat entstehen kann. Die Gegner eines Beitritts zur EG sind nicht gegen Europa, sondern nur gegen die supranationale EG!

Eine autoritäre EG.

Vom System her enthält die Supranationalität die Gefahr, der Beherrschung des Ganzen durch einzelne Persönlichkeiten, einzelne oder Gruppen von Mitgliedstaaten. Sehr bedeutsam ist in diesem Zusammenhang das, was der Präsident der EG Kommission, Jacques Delors, an einem Fernsehgespräch zu Beginn dieses Jahres auf die Frage antwortete, wie denn die EG überhaupt noch zu leiten sein werde, wenn die Zahl der Mitglieder zunehme.

Dass die EG erweitert werden müsse, das schloss Delors nicht aus. Aber wer mitmachen wolle, müsse in allem und jedem die Regeln der EG annehmen, was immer diese beinhalten jetzt und in Zukunft. Das "Menu" werde von den wichtigen ursprünglichen Mitglieder festzulegen sein und eine "à la carte"- Auswahl werde es nicht geben. Die Mitsprache werde auf allgemeine politische Entscheidungen zu beschränken sein, so wie das auch bei den Verwaltungsräten der meisten Firmen der Fall sei. An Stelle oder als übergeordnetes Organ der EG-Kommission (jetzt die treibende und entscheidende Kraft) sei von den Mitgliederstaaten eine Art Premierminister (Delors sieht sich wohl selber an diesem Platz) zu bezeichnen, der seine "Regierung" aus frei von ihm gewählten Persönlichkeiten zusammensetze. Somit würde die Hoffnung vieler Schweizer auf mindestens einen Sitz in der Kommission, um wenigstens Einsicht in den Entscheidungsprozess, wenn nicht gar ein, zwar sehr bescheidenes Mitspracherecht zu erhalten, wie viele andere an einen Beitritt geknüpfte Hoffnungen, ins Wasser fallen. Ein parlamentarischer Misstrauensvotum dieser "EG - Regierung" schloss Delors nicht aus, obwohl es dazu zunächst eine vollständige Umgestaltung des europäischen Parlaments brauche. Bis dahin könne das Misstrauen nach einem noch näher festzulegenden Verfahren von den Mitgliederstaaten ausgesprochen werden. Dabei dürfe die Kontinuität und das Primat der Grundverträge (natürlich und vor allem die inzwischen unterzeichneten Verträge von Maastricht) nicht in Frage gestellt werden usw. usf.

Immer wieder dringen solche und ähnliche Verlautbarungen an die Öffentlichkeit, wenn auch Delors neuerdings seine weiterhin unverändert harte Haltung etwas vorsichtiger zum Ausdruck bringt. Auch das nunmehr ausdrücklich in die Verträge von Maastricht aufgenommene Subsidiaritätsprinzip sollte die Idealisten in unserem Lande für einen Beitritt zur EG nicht täuschen. So wie dieses Prinzip formuliert ist, kann es vor allem zu einer Erweiterung der supranationalen Kompetenzen, besonders der Kommission in Brüssel benützt werden.

Machtpolitik und Blockfreiheit.

Die Supranationalität ist auch deshalb ein gefährliches System, weil sie die ideale Basis für eine Hegemoniepolitik nach aussen bietet. Die Mitglieder der EG, besonders auch die kleineren Länder, werden zu den Gefangenen eines mächtigen Blocks, der wie alle Machtansammlung den Samen zum Missbrauch in sich trägt, so wie dies der französische Verfassungslehrer Benjamin Constant mit dem Spruch "c'est le pouvoir qui l'exige" zum Ausdruck brachte. Für uns Schweizer, die sich zur Neutralität nicht nur deshalb bekannt haben, um überleben zu können, sondern die wegen ihrer geographischen Lage an den Alpenübergängen in die Verantwortung allen anderen

Benützern gegenüber gedrängt worden sind, unabhängig und möglichst unparteiisch über dem freien Verkehr Nord-Süd und umgekehrt zu wachen, würde der Einschluss in den EG-Block eine sehr bedenkliche Einengung der Selbständigkeit bedeuten. Denn heute geht es nicht mehr nur um die, wenn auch für die EG immer noch wichtigen Alpenübergänge, sondern in einer Welt der verkürzten Distanzen und dem damit verbundenen Näherrücken und immer häufigeren Zusammenprallen von Kulturen, Religionen, Völker und Staaten braucht es mehr denn je unabhängige Länder als Brücken zwischen den grossen Blöcken. Mit dem Beitritt zur EG würde diese Blockfreiheit, die eigentliche Basis der heute von vielen als überholt betrachteten Neutralität der Schweiz, verloren gehen. Damit auch die Möglichkeit, nützliche Dienste als Vermittler weltweit erbringen zu können. Also etwas, das nicht nur dem Ueberleben der als Egoisten beschimpften Schweizer allein, sondern vielen Menschen in Europa und der ganzen Welt dienen würde.

Die Beitritts-Befürworter werden natürlich sofort darauf antworten, dass eben das neue Europa im nächsten Jahrtausend das Brückenland "par excellence" auf dieser Welt werden kann. Sicher, aber der Weg dahin kann auf jeden Fall nicht über eine supranationale EG mit dem allgemein anerkannten Demokratiedefizit führen; eher noch über den Europarat in Strassburg oder die KSZE.

Profilierung als "Fortschrittlich"

Die Zahl derjenigen, die aus irgendwelchen konkreten persönlichen oder Gruppeninteressen einen Beitritt zur EG befürworten, hat in den letzten Monaten nach gewissen Befragungen, die allerdings mit Vorsicht zu geniessen sind, zugenommen. Gerade diese Befürworter versuchen mit allen Mitteln, sich im Alltag, sei es in der Wirtschaft, in der Politik oder in gesellschaftlicher oder kultureller Hinsicht, vor allem aber auch seitens der Medien, als fortschrittlich denkende Schweizer, als risikofreudige Pioniere und mutige Zukunftsvisionäre zu profilieren; das gestützt auf die These, man müsse der EG beitreten, um an der Zukunft eines neuen Europa mitbauen zu können, anstatt egoistisch auf dem bisher Erreichten sitzen zu bleiben.

Ein kurioses Phänomen zeigt sich in dieser Beziehung bei den Landsleuten in der Westschweiz ab. Wenn ihnen auch einen etwas grösseren Sinn für Zukunftsvisionen, als bei den eher pragmatisch denkenden Deutschschweizer, keineswegs abgesprochen werden soll, so kann man sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass sie sich bei einem Beitritt zur EG, allein schon wegen der angeblichen Dominanz der französischen Sprache, ein gewisses Uebergewicht dem anderen Landesteil gegenüber versprechen. Wie ein westschweizerischer Politiker es formulierte, werde der "Röschtigraaben" von

Brüssel aus aufgefüllt und damit das Übergewicht der Deutschschweiz gedämpft werden! Wie das dann mit der übermächtigen Stellung des geeinten Deutschland und dem Zentralismus der Franzosen weiter gehen soll, sagte er nicht!

Was passiert bei einem Beitritt zur EG mit der weltweiten Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Schweiz?

Sicher wird die Schweiz viel an ihrer bisherigen Attraktivität für diejenigen Geschäftsleute und Firmen aus der ganzen Welt verlieren, die gerne in Europa Fuss fassen möchten, ohne hundertprozentig den Regeln einer sich immer mehr nach aussen abkapselnden EG beugen zu müssen. Wer das nicht glaubt, schaue sich einmal den Verlauf der Gatt-Verhandlungen für eine weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Uruguay - Runde etwas genauer an. Die bisher von der Schweiz ausgeübte Brückenfunktion zur übrigen Welt war nicht nur wirtschaftlich interessant, sondern sie hat sich auch positiv für das Ansehen als Vermittler zwischen Völkern und Ländern ausgewirkt.

Der wirtschaftliche Erfolg des Landes bestand und wird auch weiterhin nur darin bestehen können, dass die Schweiz versucht möglichst viel und immer neu, massgeschneiderte Spezialanfertigungen und Dienstleistungen dort zu plazieren, wo das betreffende Marktsegment für die Grossen nicht interessant genug ist. An sich nimmt die Zahl dieser sogenannten Marktnischen ständig ab, besonders auch auf den grossen einheitlichen Märkten wie die USA oder die EG u.a.m. Die Unternehmen der bisherigen EG-Länder werden sich natürlich zuerst auf die Marktnischen im grossen Markt stürzen, anstatt diese weltweit - weil mit zuviel Risiken verbunden - zu suchen. Bei einem Beitritt zur EG müsste sich die Schweiz mit einem auch in bezug auf die Marktnischen "abgegrastem" Markt zufrieden geben, wäre zudem für ihre Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt der Gemeinschafts-Politik der EG unterstellt. Die Schweiz könnte also nicht mehr von sich aus, allein und selbständig, im Sinne einer besseren Risikoverteilung, auf das Suchen von Marktnischen auf der übrigen Welt, ausserhalb der EG, gehen. Natürlich braucht es dazu mehr Mut, Kreativität, Pioniergeist und Risikobereitschaft als sich im grossen EG-Markt am sicher Plätzchen ruhig zu verhalten.

Vorteile der Isolierung.

Bei einem Nichtbeitritt könnte die Schweiz- und das gewissermassen als Ausgleich zu einer angeblichen Isolierung - vermehrt in den Ländern der dritten Welt tätig werden. Dort in vermehrtem Ausmass das tun, was sie bereits bisher getan hat, nämlich mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zur Entwicklung dieser Länder beitragen und vor allem ihnen auch als "Lehrmeister" und Partner Wissen und

Können zu vermitteln. Eine viel befriedigendere, wenn auch vielleicht lange nicht so lukrative Tätigkeit, wie das krampfhaftes Suchen von Marktnischen im grossen europäischen Markt und die damit verbundene Gefahr, dass im Endeffekt, viele Unternehmen in die Hörigkeit der grossen Europäer getrieben würden.

Auf jeden Fall ist die gegenwärtige allzugrosse Ausrichtung auf Europa und vor allem auf Deutschland höchst ungesund! Man stelle sich vor, was passiert, wenn in Deutschland überraschend ein brutaler Regimewechsel stattfindet. Dann geht es der Schweiz so, wie den meisten Comecomstaaten, deren Wirtschaft ganz auf die UdSSR ausgerichtet war, um dann über Nacht mit nichts dazustehen. Es entsprach doch immer der Tradition einer gesunden schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik eine vernünftige Risikoverteilung anzustreben. Mit einem EG-Beitritt würde dieses Prinzip endgültig verlassen werden.

Mit was für einer Begründung geschieht dies eigentlich? Wird die Schweiz bei einem EG-Beitritt überhaupt noch irgendeine unabhängige und dem Prinzip der Risikoverteilung verpflichtete Aussenwirtschaftspolitik betreiben können und zudem die Funktionen eines blockfreien Vermittlers, eines Brückenlandes ausüben dürfen?

Psychologische Faktoren.

Den Befürwortern eines EG-Beitritts ist es durch eine äusserst breit angelegte Werbung (um nicht das vollständig im Widerspruch mit einem demokratischen Meinungsbildungsprozess stehende Wort "Propaganda" zu benützen) gelungen, bei vielen Gegnern eines Beitritts, Gefühle der Angst oder Minderwertigkeitskomplexe zu wecken. Mit relativ viel Geld soll dem Schweizervolk im einzelnen dargelegt werden, dass die EG gar nicht so gefährlich sei, dass die Abtretung von Volksrechten nicht so schlimm sei usw.usf. Grosse Untersuchungen zeigen weit ins Detail gehend, was alles für wirtschaftliche Vorteile es geben werde und wie wenig weittragend die Nachteile seien. Aber bisher ist von behördlicher Seite keine, nur annähernd in die Tiefe gehende Untersuchung gemacht worden, ob und wie realistisch die in allen Farben beschriebenen Gefahren einer Isolierung sind. Man kann nämlich in guten Treuen behaupten, dass ein Land, das wie die Schweiz im Zentrum Europas liegt, auch ausserhalb der EG nicht isoliert und nicht wirtschaftlich kaputt gemacht werden kann. Jedenfalls hat die Schweiz das den Achsenmächten im letzten Weltkrieg bewiesen. Auch die Frage, ob bei der ungewissen politischen Zukunft der Welt und des Kontinents nicht Situationen entstehen könnten, in welchen sogar eine noch so grosse EG, besonders wenn ihre Mitglieder Krach unter sich selber bekommen, froh wäre, im Zentrum Europas eine freie, unabhänengige, eben eine

blockfreie Schweiz als Vermittler, als Brückenland zu haben. In diesem Zusammenhang ist ausserordentlich bedauerlich, dass Länder, wie Finnland und Oesterreich, die idealen Vermittler zwischen Westeuropäer und Slawen, mit ihrem Beitrittsgesuch auf ihren blockfreien status verzichtet haben, was sie in Zukunft noch bitter bereuen könnten. All das nur, um nicht gewisse, doch noch sehr problematische wirtschaftliche Vorteile zu verpassen. Die Behauptung drängt sich auf, dass es zumindestens ebenso viel Mut braucht, unabhängig von der EG zu bleiben als sich in ihrem, sicherlich im Endeffekt auch nicht so bequemen Schoss einnisten zu wollen.

Schlusswort.

Es gibt zweifellos ebensoviele Argumente gegen einen Beitritt zur EG, wie dafür. Sicher ist, dass die Zukunft der Schweiz auf dem Spiele steht. Das bestreitet niemand. Wenn dem so ist, dann sollte von allen verantwortlichen Stellen, besonders denjenigen des Bundes, eine objektive (dreimal unterstrichen) Information unter Darstellung der Pro und Contra eines Beitritts aber auch einer Isolierung vorbereitet und dem Schweizervolk vorgelegt werden. Aber wie kann der einfache SchweizerbürgerInnen eine solche objektive Information erhalten, wenn sich die meisten Verantwortlichen bis zur höchsten Spitze öffentlich als Befürworter eines Beitritts bekennen?

Frédéric Walthard 31.07.92